

**Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein MdL**  
**Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein**

**12. November 2018**

**PRESSEMELDUNG 59/2018**

## **„Die CDU“**

### **Zusammenarbeit mit den Grünen trotz Sympathien für Linksextremisten?**

Die Grünen haben es geschafft: sie sind zum erklärten Favoriten der Union bei der Suche nach einem mehrheitsfähigen Koalitionär avanciert. Bereits in der Landespolitik Hessens oder Baden-Württembergs erprobt, wird derzeit hinter den Kulissen die erste schwarz-grüne Regierungskoalition auf Bundesebene vorbereitet.

Mußte die Union in den Bundesländern, in denen sie die Macht mit den Grünen teilt, bereits für ihre Stammwähler schmerzende Zugeständnisse in Kernbereichen einstmals christlich-demokratischer Politik machen, wird eine Koalition auf Bundesebene wohl noch gravierendere Einschnitte mit sich bringen. Dann müßten CDU/CSU nämlich auch mit den Teilen der Grünen-Partei kooperieren, die teils offen, teils subversiv mit linksradikalen Organisationen und Gruppen paktieren.

Das Beispiel der am Wochenende mit 87,6 Prozent zur EU-Spitzenkandidatin der Grünen gewählten Franziska „Ska“ Keller ist bezeichnend. Die seit 2009 – mit damals 27 Jahren – im Europäischen Parlament für die Grünen agierende Keller posierte im Jahr 2014 mit einer Fahne der „Antifaschistischen Aktion“ (Antifa) in besagtem EU-Parlament (Belegfoto anbei). Daß der heutige schleswig-holsteinische Umweltminister Jan Albrecht offenbar mit von der Partie war, sei nur am Rande erwähnt.

Die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein erklärt hierzu: „Daß das Spitzenpersonal der Partei ‚Die Grünen‘ keine Berührungspunkte mit Antifa-Gruppen hat, scheint nur auf den ersten Blick zu überraschen. Wer sich aber in dem Beziehungsgeflecht „SPD/LINKE/Grüne – Antifa“ auskennt, dem sind die seit Jahren bestehenden Kontakte und Querverbindungen ins linksextreme Milieu bekannt. Es sei hier beispielhaft die Zusammenarbeit der Grünen mit dem vom Verfassungsschutz beobachteten Anti-AfD-Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ und der darin organisierten linksextremistischen Interventionistischen Linken genannt. Daß die CDU ernsthaft überlegt mit einer Partei die Bundespolitik zu gestalten, die mit Verfassungsfeinden und Extremisten den Schulterschuß übt, ist ein Offenbarungseid für die einstmals bürgerlich-konservative Union. Wie steht die CDU zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung?“